

Der grüne religionspolitische Kongress lockt 300 Gäste nach Düsseldorf

Kommissionssitzung am Vorabend des Kongresses: Abschlussbericht bis Sommer 2015

Die 6. Sitzung der Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ stand im Zeichen des tags darauf in Düsseldorf stattfindenden religionspolitischen Kongresses. Die Kommissionsmitglieder trafen sich in der NRW-Landeshauptstadt, um letzte Vorbereitungen zu besprechen, die Diskussion zum Kirchlichen Arbeitsrecht weiterzuführen und den Fahrplan bis zum Abschlussbericht abzustimmen.



Sigrid Beer, parl. Geschäftsführerin Landtagsfraktion, Sven Lehmann, Landesvorsitzender, und Bettina Jarasch, Mitglied des Bundesvorstands (v.l.n.r.): Der religionspolitische Kongress war eine Kooperationsveranstaltung der Landtagsfraktion & des Landesverbandes NRW und des Bundesverbandes.

Schwerpunkte für den Abschlussbericht: Kirchenfinanzen, Arbeitsrecht, Pluralität

Die Kommissionsmitglieder wollen bis zur parlamentarischen Sommerpause Mitte Juli ihren Abschlussbericht vorlegen und an den Bundesvorstand übergeben. Der Bericht soll die Vorschläge der Kommission für eine religionspolitische Grundhaltung von Bündnis 90/Die Grünen darlegen und daraus abgeleitet Reformkonzepte und –forderungen für die Bereiche aufzeigen, in denen besonders dringender politischer Handlungsbedarf besteht.

„Wir sehen massiven gesetzlichen Reformbedarf im kirchlichen Arbeitsrecht“, so Bettina Jarasch, Leiterin der Kommission. „Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in kirchlichen Einrichtungen wird das Streikrecht verwehrt, ihre persönliche Lebensführung oder sexuelle Orientierung kann zum Kündigungsgrund werden, ihre Konfession oder Nicht-Konfession kann Arbeits- und Aufstiegschancen verhindern. Das kann nicht so bleiben.“ Dringenden Änderungsbedarf sieht die

Kommission auch bei der Kirchenfinanzierung: Sie erarbeitet Reformvorschläge zu Kirchensteuer, Staatsleistungen und der Transparenz der Kirchenfinanzen.

Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

Als dritten wesentlichen Bereich widmet sich die Kommission der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt. Hier geht es um all diejenigen Menschen und Gemeinschaften, deren Bedürfnissen und Anliegen im derzeitigen rechtlichen Rahmen nicht gleichberechtigt Rechnung getragen werden kann – etwa in der Seelsorge und Wohlfahrt, in Schule und Hochschule, bei der Repräsentanz in öffentlichen Gremien oder was den Rechtsstatus ihrer Organisation betrifft, soweit sie einer Gemeinschaft angehören.

Ziel der Kommission ist es, der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt stärker Rechnung zu tragen, Diskriminierung zu beenden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Bis zur nächsten Sitzung am 27. März werden Hasret Karacuban, Mürvet Öztürk und Günter Dworek ein Diskussionspapier für die Kommission erarbeiten.

Kongress. „Im Namen der Freiheit: Gesellschaft, Staat und Religion im Konflikt?“



Die Eröffnung des religionspolitischen Kongresses am 17. Januar 2015 im Plenarsaal des Landtags NRW in Düsseldorf.

Rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten auf dem Kongress am 17. Januar in Düsseldorf drängende religionspolitische Fragen: etwa die Reform des Kirchlichen Arbeitsrechts, der Kirchenfinanzen und Fragen nach Gleichberechtigung und Antidiskriminierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Wenige Tage nach den schrecklichen Attentaten von Paris gegen die Mitarbeiter des Satiremagazins Charlie Hebdo sowie gegen Polizisten und Menschen in einem jüdischen Supermarkt war die Veranstaltung von intensiven

Diskussionen über die Frage geprägt, wie wir mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in unserer pluralen freien Gesellschaft umgehen wollen. Dabei rückte insbesondere die Frage nach Strategien gegen Fundamentalismus in den Fokus.

- [Dokumentation des Kongresses mit Protokollen und Inputs der Referent*innen](#)

Artikel über den Kongress

- [vom Forum Offene Religionspolitik](#)
- [aus der taz](#)
- [aus dem WESER KURIER](#)

Neu:

Alle Informationen und Papiere zur Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ gebündelt unter bettina-jarasch.de/religionskommission

Ausblick

Die nächste Sitzung der Kommission findet am 27. März in Berlin statt.

Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bettina Jarasch, Mitglied im Bundesvorstand
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Kontakt

buero.jarasch@gruene.de
Büroleiterin Isabelle Arend: 030-28 442 157

Infobrief empfehlen? Infobrief abbestellen? Bitte eine kurze Mail an buero.jarasch@gruene.de